

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 1

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 23.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

beitsmethoden bringen. Der Mensch muß im Mittelpunkt stehen, und die menschliche Natur hat ein Recht auf eine gesunde Entwicklung, wozu eine umfassende Sozialpolitik entscheidend mithelfen muß.

Daher kommt den Sportorganisationen nicht nur in der Gegenwart, sondern noch mehr in der Zukunft eine ungeheure Bedeutung zu. Schöpferische Menschen, die gesund und leistungsfähig sind, werden die Welt friedlich und in Freiheit so gestalten können, daß aller Haß, alle Not und alles Elend beseitigt werden kann.

Der ASKÖ ist eine jener Organisationen, die dazu berufen sind, eine verantwortliche Aufgabe zu erfüllen und auf dem Gebiete des Sportes in jenem Sinne zu wirken, der die sozialpolitischen Errungenschaften dazu nützt, die Menschen in ihrer Freizeit nicht einer hektischen Vergnügungsindustrie auszuliefern, sondern das Leben bis in das hohe Alter lebenswert, gesund und froh zu gestalten.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Vor Jahresende kletterte der Index der Lebenshaltungskosten in der Schweiz auf 191 Punkte; die Schweiz sah sich somit plötzlich unter den Ländern Europas mit der größten jährlichen Teuerung, betrug sie doch innert eines Jahres mehr als 3 Prozent. Dieses Ansteigen der Teuerung rief — selbst in bürgerlichen Blättern — große Besorgnis hervor. Allenthalben forderte man Maßnahmen gegen die Inflation, doch man vergaß dabei gerne, daß es nicht gut möglich ist, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Da an der Inflation vor allem die allzu großen Neuinvestitionen der Privatindustrie, die mangelnden Kompetenzen der Nationalbank (vor allem in bezug auf die Krediteindämmung) und nicht zuletzt die immer höher steigenden Bodenpreise schuld sind, kann man die Geldentwertung wohl kaum bekämpfen, ohne hier einzusetzen. Man müßte also staatliche Investitionskontrollen, Ausdehnung der Kompetenzen der Nationalbank (was automatisch eine Einschränkung der Kompetenzen der Geschäftsbanken bedeutet) und eine Neuregelung des Bodenrechts ins Auge fassen — ganz abgesehen von einer staatlichen Rahmenplanung —, wenn man wirklich die Inflation bekämpfen und ein gesundes wirtschaftliches Wachstum erreichen wollte. Doch in dieser Hinsicht wurden noch keine Vorstöße unternommen. Vor-

läufig werden nun Lohnverhandlungen beginnen, die natürlich wieder als Vorwand benützt werden, die Preise erneut hinaufzusetzen. Ein Ende der gegenwärtigen Teuerungswelle ist noch nicht abzusehen.

Auch die Folgen eines sehr schwerwiegenden Schrittes, den die Schweiz zusammen mit Österreich und Schweden Mitte Dezember getan hat, lassen sich noch nicht abschätzen. Die drei haben bei der EWG ihr Assoziationsgesuch eingereicht. Die Schweiz hat nun also genau das getan, was man beim Beitritt in die EFTA immer als unmöglichen Schritt bezeichnete! Damit ist wohl für die EFTA das Todesurteil ausgesprochen worden; es steht überdies außer jedem Zweifel, daß unsere heutige Stellung viel schwächer ist als bei Schaffung der EWG. Ab 1. Januar 1962 ist nämlich die EWG in ihre zweite Phase eingetreten; viele Beschlüsse werden jetzt mehrheitlich gefaßt, die vorher einstimmig gefaßt werden mußten, und es ist klar, daß die EWG jetzt andere Probleme hat, als die Gesuche Englands und Dänemarks um Vollmitgliedschaft und die der drei Neutralen um Assoziation in erster Linie und mit Dringlichkeit zu behandeln.

Bundesrat Schaffner, einer der Vorkämpfer für den Beitritt zur EFTA, befürwortet nun den Beitritt zur EWG, eine Kursänderung, die ihm die Bevölkerung allerdings kaum nachträgt. Mit einer andern Stellungnahme aber hat er sich den Zorn vieler beigezogen. Auf eine Anfrage im Nationalrat erklärte er nämlich, der Osthandel habe nur ein geringes Ausmaß, überhitze deshalb die Konjunktur nicht, und aus Gründen der Neutralität müsse man ihn überdies aufrechterhalten.

Von einer Gefährdung des Weltfriedens sei keine Rede. Diese Rede hat vielen berufsmäßigen Antikommunisten Vorwand zu erregten und bösen Kommentaren gegeben. Der Osthandel ist ohne Zweifel ein Problem; es gibt aber in der Schweiz noch brennendere. Da wäre einmal auf eine Aktion der «Glückskette» hinzuweisen: In einem großangelegten Propagandafeldzug gelang es dieser Institution, über 3 Millionen Franken zu sammeln, mit denen rund 10 000 Betten gekauft werden können, die in von der Hochkonjunktur nicht betroffenen Schweizer Familien fehlen! Diese Sammlung und die Gebefreudigkeit der Schweizer ist wohl zu loben — und doch bleibt das schale Gefühl, daß wir Schweizer in einem Betteland wohnen. Es scheint bei uns nicht möglich zu sein — trotz Hochkonjunktur, trotzdem wir vom Krieg verschont blieben —, allen Einwohnern eine sichere, ausreichende Existenz zu bieten. Mit Sammelaktionen für die kranken Wehrmänner, für die Blinden, für die Invaliden usw. muß für unzählige Leute gebettelt werden. Wahrlich keine erfreuliche Angelegenheit!

Im Emmental hat man Uranvorkommen entdeckt; es handelt sich um ein ziemlich großes Lager, das rund 800 bis 1000 Tonnen uranhaltiges Metall enthalten soll. Obschon man diese Meldung schon letztes Jahr in aus-

ländischen Zeitungen lesen konnte, ist sie erst in der ersten Januarwoche in den schweizerischen Gazetten aufgetaucht. Wieder einmal ein Beispiel dafür, wie schnell das Ausland oft orientiert ist. Ob nun — was nicht zu hoffen ist — der Entwicklung einer schweizerischen Atombombe keine größeren Schwierigkeiten mehr im Wege liegen?

Auf den 15. Januar wurde der Benzinzoll um 5 Rappen pro Liter erhöht, nicht zur Freude der Automobilisten, wohl aber zur Freude der Benzinimportfirmen. Denn sie führten vor dem 15. Januar noch so viel Benzin als möglich zu den niedrigen Zollsätzen ein, um es ab 15. Januar zu den erhöhten Preisen zu verkaufen . . . Gefundenes Geld! Mit diesem Zollaufschlag soll der Nationalstraßenbau finanziert werden, der nicht zuletzt deshalb bis jetzt noch keine überwältigenden Erfolge zu verzeichnen hat, weil bei uns ganz einfach die Arbeitskräfte fehlen, obwohl über eine halbe Million ausländische Arbeitskräfte bei uns beschäftigt sind.

Außenpolitik

In einem nur wenige Tage dauernden Feldzug hat Indien Goa und Damao erobert. Der Westen reagierte darauf mit Zorn und Empörung, während Rußland und China diesen Schritt als weiteren Schlag gegen den Kolonialismus lobten. Salazar kündigte an, Portugal werde nicht mehr lange in der UNO verbleiben, da sie ihre Machtlosigkeit in diesem Fall erneut unter Beweis gestellt habe. Der indonesische Staatspräsident Sukarno stieg sofort aufs Rednerpult und erklärte kriegslustig, er wolle nun das niederländische Neuguinea «befreien». Dies wird ihm allerdings nicht so bald gelingen, sind doch die Niederlande gut gerüstet.

Knapp vor Weihnachten trafen sich in Kitona Tschombe und Adoula, um eine Vereinbarung zu schließen. Kaum war Tschombe jedoch wieder in seiner Minenrepublik, so erklärte er, sich nicht in allen Punkten an das Abkommen zu halten. Doch es scheint, daß es mit Tschombes Macht langsam zu Ende geht, der Krieg der UNO gegen Katanga ist abgeflaut. Dafür aber hat sich die Spannung zwischen Gizenga und der Zentralregierung verschärft. Adoula will seinen Vizeministerpräsidenten Gizenga ausschalten und scheint dies jetzt, da er ja gegen den Katanga einen vorläufigen Sieg errungen hat, durchsetzen zu können. Ob sich die UNO in diesen neuen Konflikt einmischen wird, ist fraglich, ist doch davon in der Resolution, die die Aufgaben der UNO im Kongo umschreibt, dank dem Veto der Russen nichts enthalten. Es ist allerdings fraglich, ob sich die Russen noch weiterhin für Gizenga einsetzen werden, nun, da die Zentralregierung immer mehr die Oberhand erhält. Auch Gizenga scheint das gemerkt zu haben, und es sieht so aus, als ob er einlenken werde.

Die Lage in Laos hat sich weiter verschärft, nachdem sich die drei Prinzen nicht einigen konnten; dies vor allem wegen der starren Haltung des prowestlichen Prinzen Boun Oum. Endlich aber scheint Amerika auf die sture Haltung ihrer sogenannten antikommunistischen Freunde die richtige Antwort gefunden zu haben: es will Boun Oum solange keine Kredite mehr geben, bis er eine vernünftigeren Haltung einnimmt! Hätte Amerika dies schon früher getan, es hätte sich Millionen von sinnlos an Antikommunisten verteilten Dollars ersparen können. Man braucht sich nur an die Kredite zu erinnern, die in Südkorea verlost wurden, ohne daß dort ein freiheitliches, blühendes Staatsgebilde entstanden wäre. Was man bis heute aus Südkorea hört, sind lediglich Meldungen von Hinrichtungen, von niedergeschlagenen Verschwörungen und von Säuberungen, die in erster Linie Sozialisten treffen. Eine antikommunistische Einstellung allein genügt nicht, um einen Staat aufzubauen!

So klang das alte Jahr nicht eben hoffnungsfroh aus, und gleich eine der ersten Nachrichten, die Neujahrsansprache des Präsidenten von Guatemala, war nicht eben erfreulich: Er erklärte nämlich, Guatemala fordere Britisch-Honduras, eine Forderung, die die Amerikaner zu unterstützen versprochen hätten, als sich auch Guatemala an der Invasion gegen Kuba beteiligte. Man erinnert sich, daß Amerika bei der mißglückten Invasion gegen Kuba immer kategorisch dementiert hat, daß auch Guatemala an den kriegerischen Handlungen teilgenommen habe. Mit solchen Mitteln wird es dem Westen kaum möglich sein, das Vertrauen der Blockfreien zu erringen.

Moskau versucht seinerseits alles, die westliche Allianz aufzulösen. Es bestehen ja in der Tat schwerwiegende Differenzen unter den Alliierten, vor allem in der Frage des Vorgehens wegen Berlin. Zwar werden ständig Reden gehalten, in denen die «Einigkeit und die Festigkeit» des Westens gepriesen werden, doch — diese Worte vermögen nicht zu überzeugen. Auf alle Fälle verlassen seit dem 13. August — der Tag, an dem in Berlin die Mauer errichtet wurde — wöchentlich rund 1500 Westberliner ihre Stadt, um sich in der Bundesrepublik anzusiedeln. Es ergibt sich somit die paradoxe Situation, daß der Osten, der die Mauer errichtet hat, an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert ist, während der Westen auf Verhandlungen drängen muß, will er nicht Westberlin langsam, aber dafür um so sicherer zur toten Stadt machen. Wie das Berlinproblem zu lösen ist, ist nicht leicht zu entscheiden. Ob der Vorschlag von «Utopisten und Phantasten», aus Berlin eine Stadt der Wissenschaft zu machen, auf die Länge gesehen, nicht doch ein Ausweg wäre?

Die EWG kann hingegen einen Erfolg melden, nachdem es seit Wochen so aussah, als kränkelte der Gemeinsame Markt böse dahin: Nach wochen-

langen, zähen Verhandlungen hat der Ministerrat der EWG am 14. Januar einstimmig beschlossen, rückwirkend auf den 1. Januar die Einleitung der zweiten Phase des Gemeinsamen Marktes einzuführen. Besonders die gemeinsame Agrarpolitik gab viel zu reden, und es ist noch keineswegs sicher, ob sich die Agrarfrage in den nächsten Jahren lösen läßt. Sicher aber ist, daß der jetzige Entscheid des Ministerrates ein wichtiger Schritt auf ein gemeinsames Europa hin ist, denn mit dem Übergang zur zweiten Phase ist die EWG unwiderruflich geworden, und — was vielleicht noch wichtiger ist — ihr supranationaler Charakter hat sich verstärkt, indem nun für eine Reihe von Beschlüssen im Ministerrat nicht mehr Einstimmigkeit, sondern nur ein qualifiziertes Mehr erforderlich ist. Der Entschluß des Ministerrates hat denn auch überall ein sehr positives Echo ausgelöst.

Blick in die Zeitschriften

Die mannhaften Worte, die *Walther Bringolf* in seiner Präsidialadresse im Nationalrat gegen den Konformismus gesprochen hat, haben auch in der Bundesrepublik lebhaft Beachtung gefunden. «*Die Feder*», Monatszeitschrift der Deutschen Journalisten-Union in der Industriegewerkschaft Druck und Papier, zitiert in ihrem Leitartikel zum Jahreswechsel (10. Jahrgang, Heft 1) die wichtigsten Sätze aus Bringolfs Rede und unterstreicht: «Gerade die Presse, aber auch jeder einzelne von uns, hat die Verpflichtung, im Kampf gegen den Totalitarismus nicht den lebendigen Widerstand gegen den Konformismus zu vergessen.»

Wie groß gerade in der Bundesrepublik die Gefahren einer falsch verstandenen «Einigkeit» sind, wurde zum Jahresanfang an verschiedenen Stellen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Dafür einige Beispiele.

«*Deutschland im Nebel*» ist ein mit guten Gründen alarmierender Leitartikel überschrieben, den *Karl Gerold* in der Silvesterausgabe seiner «*Frankfurter Rundschau*» veröffentlicht. Wir können aus Raummangel leider nur ein paar besonders markante Sätze zitieren:

«Betrachten wir uns das bundesrepublikanische Deutschland, so sehen wir wenig Erfreuliches. Wohin wir schauen: Opportunismus und Warten auf das, was andere tun — und nichts als das! Oder hat uns in bezug auf das, was wir zu erwarten haben, irgend jemand, irgendeine Partei auch nur irgendeinen klaren Gedanken, eine Vorstellung von dem, was wir wollen oder zu wollen hätten, irgend etwas Klares gesagt? Nichts von alledem... Die Regierung sagt uns nicht die Wahrheiten, von denen sie weiß. Die so-